

Claus Vogt Marktkommentar - Ausgabe vom 12. Juni 2015

Goldanleger verdienen sich nach dem Zusammenbruch von Bretton Woods eine goldene Nase – Jetzt besteht auch für Sie die Chance auf hohe Gewinne

- Fragen Sie sich auch: Wie lange kann der Tag der Wahrheit noch hinausgezögert werden?
- Ehemalige Zentralbankbürokraten sagen plötzlich die Wahrheit und bestätigen den Niedergang des Finanzsystems
- Zinswende an den Anleihenmärkten
- Wenn Sie sich gut vorbereiten, werden Sie am Ende zu den Gewinnern zählen
- Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?
Verteilung des Steueraufkommens: Intransparent und ungerecht

Weltwährungssysteme und Staatsfinanzierung vor dem Kollaps

Liebe Leser,

wenn Sie meinen Marktkommentar oder meinen Börsenbrief Krisensicher Investieren regelmäßig lesen, wissen Sie es bereits: Währungssysteme kommen und gehen. Das war schon immer so, und es wird wohl auch immer so bleiben. Denn die Machtgier der Herrschenden und ihr unstillbarer Wunsch, über ihre Verhältnisse zu leben, torpediert immer wieder die dauerhafte Etablierung eines seriösen und gerechten Währungssystems.

Jetzt mehren sich die Zeichen für den baldigen Niedergang des derzeitigen Weltwährungssystems, das seit dem 15. August 1971 existiert und damit schon sehr alt ist. Es ist das mit Abstand gefährlichste und ungerechteste Währungssystem, das je das Licht der Welt erblickt hat. Denn es basiert ausschließlich auf beliebig vermehrbaren Währungen, und das weltweit. Damit hat es die Voraussetzung für die Staatsschuldenorgie der vergangenen Jahrzehnte geschaffen, die seit der Krise von 2008/09 in neue Dimensionen vorgestoßen ist. Jetzt wird immer deutlicher, dass dieses System seine Grenzen erreicht hat und kollabieren wird.

Fragen Sie sich auch: Wie lange kann der Tag der Wahrheit noch hinausgezögert werden?

In unserer am Dienstag, den 16. Juni erscheinenden Krisensicher Investieren Themenschwerpunkt-Ausgabe „Weltwährungssysteme und Staatsschuldenexzesse“ befassen sich Roland Leuschel und ich ausführlich

mit der Frage, wie lange der unvermeidliche Kollaps noch hinausgezögert werden kann. Wir analysieren die Situation des derzeitigen Weltwährungssystems und begründen, warum sein Niedergang unvermeidbar ist. Es wird die sich immer deutlicher abzeichnenden nächste Krise wohl nicht mehr überstehen. Warum das so ist und wieso die nächste Krise noch heftiger ausfallen wird als die der Jahre 2008/09, erläutern wir ebenfalls in unserem Themenschwerpunkt.

Außerdem legen wir dar, wie der anschließende Neuanfang prinzipiell aussehen kann – und wie er wahrscheinlich aussehen wird. Vor allem aber zeigen wir Ihnen auf, wie Sie sich als Anleger vor den Folgen dieses epochalen Umbruchs schützen und sogar davon profitieren können.

Gold spielt dabei eine zentrale Rolle. Auch das lehrt die Finanzmarktgeschichte. Aber ganz einfach wird auch das nicht werden, wie wir am Beispiel des Zusammenbruchs des Bretton Woods-Weltwährungssystems zeigen.

Wenn Sie glauben, dass dieses Mal alles anders sei, werden Sie den kommenden Umbrüchen hilflos gegenüberstehen, sich verwundert die Augen reiben und womöglich ähnlich verheerende Verluste machen wie die große Mehrheit aller Anleger in den vorangegangenen Krisen. Machen Sie es anders, und bestellen Sie noch heute Krisensicher Investieren, 30 Tage kostenlos.

Ehemalige Zentralbankbürokraten sagen plötzlich die Wahrheit und bestätigen den Niedergang des Finanzsystems

Dass das Endspiel der Staatsschuldenorgie und des Währungssystems begonnen hat, wissen auch die Hauptverantwortlichen, die Zentralbankbürokraten. Ich bin mir sicher, dass Sie staunen werden, wenn Sie die sehr deutlichen Worte lesen, die drei ehemalige US-Zentralbanker kürzlich vor laufenden Kameras in einem Anfall ungewohnter Wahrheitsliebe in diesem Zusammenhang ausgesprochen haben.

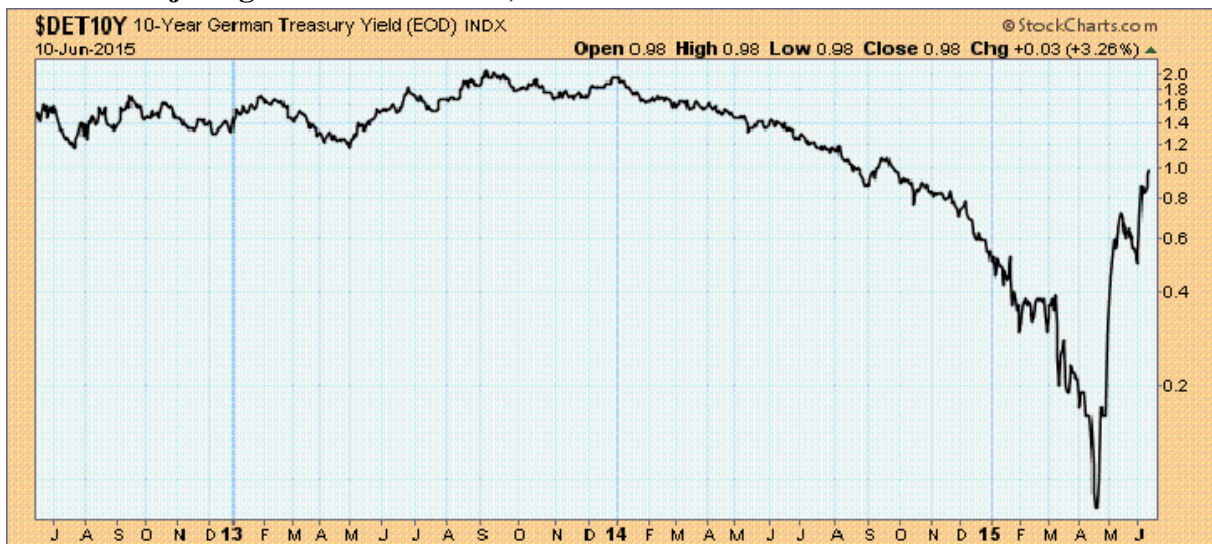
Hier eine kleine Kostprobe: „Es tickt eine geldpolitische Zeitbombe.“ „Es endet immer, immer, immer auf diese Weise, schon im alten Rom, oder in Simbabwe.“ Und: „Wir reden hier über das Endspiel.“ Was diese Herren - wir könnten Sie auch Täter nennen - dazu bewogen hat, gerade jetzt zur Wahrheit zurückzukehren, erfahren Sie in Krisensicher Investieren.

Zinswende an den Anleihenmärkten: Wehe, wenn die Blase platzt

Die plötzliche und für viele überraschende, ja unvorstellbare Trendwende an den Anleihenmärkten markiert mit hoher Wahrscheinlichkeit den Beginn vom Ende der Schuldenorgie und des Währungssystems. Diese Entwicklung wird den zurzeit vorherrschenden Glauben an die Allmacht der Zentralbankbürokraten erschüttern und von den Rentenmärkten auf die Aktienmärkte übergreifen.

Ich kann Sie also nur warnen: Unterschätzen Sie die Bedeutung der jüngsten Turbulenzen an den Rentenmärkten nicht – der Chart zeigt die Zinsentwicklung 10-jähriger Bundesanleihen. Dieser Zinsanstieg findet trotz des massiven Anleihenkaufprogramms der EZB statt. Er zeigt, dass die Zentralbankbürokraten das Ende der Fahnenstange erreicht haben.

Zinssatz 10-jähriger Bundesanleihen, 2012 bis 2015



Die Geschwindigkeit des jüngsten Zinsanstiegs ist beeindruckend. Quelle: StockCharts.com

Wenn Sie sich jetzt gut vorbereiten, werden Sie am Ende zu den Gewinnern zählen

In der Endphase der jetzt beginnenden Krise werden die Zentralbanken völlig diskreditiert sein, und offene sowie durch Inflation verschleierte Staatsbankrotte werden das Bild bestimmen. Auch daran lassen die Lehren der Finanzgeschichte und der gesunde Menschenverstand keinen Zweifel. Was das für Ihr Vermögen und Ihre Lieben bedeutet, brauche ich Ihnen nicht zu erklären.

Handeln Sie jetzt, bevor es zu spät ist, und [bestellen Sie Krisensicher Investieren als qualifizierten Wegweiser in unwegsamem Gelände](#). Doch haben Sie bitte keine Angst. Wenn Sie sich jetzt auf die Gefahr vorbereiten und clever handeln, werden Sie am Ende zu den Gewinnern zählen.

Ich wünsche Ihnen ein erholsames und sonniges Wochenende.

Ihr

Claus Vogt

Claus Vogt, Chefredakteur Krisensicher Investieren

P.S.: Die Finanzgeschichte zeigt, dass Staatsbankrotte und Inflationen immer Hand in Hand gehen. Deshalb ist eine weltweite Inflation das mit Abstand wahrscheinlichste Szenario für die kommenden Krisenjahre. Die Deflation kommt erst danach.

[Schützen und mehren Sie Ihr Vermögen und testen Sie noch heute KRISENSICHER INVESTIEREN 30 Tage kostenlos.](#)

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs Krisensicher Investieren.

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).

Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?

Verteilung des Steueraufkommens: Intransparent und ungerecht

Autor: Gotthilf Steuerzahler

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundesrepublik Deutschland hat sich ein überaus kompliziertes System zur Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geschaffen. Belohnt dieses System nun jene Bundesländer und Kommunen, die durch eine aktive Wirtschaftspolitik für sprudelnde Steuerquellen sorgen? Oder werden eher diejenigen begünstigt, die ihre wirtschaftliche Basis nicht pflegen und sich ihr Geld lieber beim erfolgreichen Nachbarn holen? Wer die Politik in Deutschland kennt, die ja immer auf Konsens und Interessenausgleich bedacht ist, kann sich die Antwort auf die gestellten Fragen schon denken.

In Deutschland gibt es über dreißig Steuerarten. Besonders aufkommensstark sind die Umsatzsteuer und die Lohnsteuer, welche eine besondere Erhebungsform der Einkommensteuer ist. Diese beiden Steuern sorgen für mehr als die Hälfte des gesamten Steueraufkommens.

Bei jeder Steuerart ist gesetzlich bestimmt, wem das Aufkommen aus dieser Steuer zusteht. Das können der Bund, die Länder, die Gemeinden oder auch mehrere dieser Gebietskörperschaften gemeinschaftlich sein. Aber eine schlichte Zuordnung einzelner Steuerquellen zu den verschiedenen Ebenen der Staatlichkeit wäre ja viel zu einfach, als dass die Politik sich damit zufrieden gegeben hätte. Vielmehr haben die politisch Verantwortlichen durch verschiedene Ausgleichs- und Korrekturmechanismen dafür gesorgt, dass die Steueraufteilung völlig intransparent ist und nur noch von Fachleuten nachvollzogen werden kann.

Umverteilung von den reichen zu den armen Ländern

Die Einzelheiten der Aufteilung und der verschiedenen Ausgleichs- und Korrekturmechanismen müssen hier nicht dargestellt werden. Die damit verfolgten Ziele sind jedoch eindeutig: Die Bundesländer sollen - unabhängig von dem tatsächlichen örtlichen Steueraufkommen - finanziell weitgehend gleich ausgestattet werden.

Dies geschieht in einer ersten Stufe durch den sog. Länderfinanzausgleich. Die Bundesländer mit überdurchschnittlich hohem Steueraufkommen müssen einen Teil ihrer Steuereinnahmen an die Bundesländer mit unterdurchschnittlichem Steueraufkommen abgeben. Das führt dazu, dass sich die Finanzausstattung stark annähert. Die reichen Länder, die sogenannten Geberländer, liegen dann bei 104% bis 105%, die Nehmerländer bei 97% bis 98% der durchschnittlichen Finanzausstattung.

Geberländer gibt es derzeit nur drei, nämlich Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Alle übrigen Länder erhalten Geld aus dem Finanzausgleich. Milliarden werden auf diese Weise umverteilt. In der nächsten Stufe erhöht dann der Bund aus seinen Einnahmen noch einmal die Finanzausstattung der Nehmerländer durch sogenannte Ergänzungszuweisungen, zum Beispiel für teilungsbedingte Sonderlasten. Die armen Länder erreichen dann bis zu 113% - 114% der durchschnittlichen Finanzausstattung, stehen also besser da als die steuerstarken reichen Bundesländer!

Begründet wird der Länderfinanzausgleich mit der Solidarität unter den Bundesländern, mit dem Einstehen für einander im Bundesstaat. Vergleichbare Mechanismen gibt es im Übrigen auch bei der Verteilung der Steuereinnahmen innerhalb der einzelnen Bundesländer auf die Städte und Gemeinden. Auch da wird vielfach den reichen Kommunen ein Teil des ihnen eigentlich zustehenden Steueraufkommens vorenthalten und an arme Kommunen verteilt.

Die Umverteilung demotiviert die reichen Bundesländer und Kommunen

Die geschilderten Verteilungsmechanismen sind zu Recht vielfach kritisiert worden. Der Länderfinanzausgleich belohnt diejenigen Bundesländer, die ihre Wirtschaft und damit ihre Steuerquellen nicht pflegen, sich vielmehr darauf verlassen, dass es ihnen in politischen Aushandlungsprozessen schon gelingen wird, sich ihren Anteil am Steuerkuchen zu sichern. Umgekehrt werden die reichen Bundesländer durch die gewollte Umverteilung nicht motiviert, sich weiterhin um die Ansiedlung finanzkräftiger Unternehmen mit gutverdienenden Angestellten zu bemühen. Denn von den Ergebnissen ihrer wirtschaftsfreundlichen Politik bleibt ihnen fast nichts! Ähnliches gilt natürlich auch, wenn reiche Kommunen einen Teil ihrer Steuereinnahmen an notleidende Kommunen abgeben müssen.

Selbstverständlich hat es immer wieder politische Diskussionen sowie juristische Auseinandersetzung um die Verteilung des Steueraufkommens gegeben. Geändert hat sich nicht viel. Die Profiteure der Umverteilung haben wirksame Reformen bisher stets blockiert. Beispielsweise finanziert der Stadtstaat Berlin mehr als ein Drittel seines Haushalts aus „Hilfen“ der übrigen Länder und des Bundes. Darauf will man natürlich nicht verzichten.

Zuschläge bzw. Abschläge bei bestimmten Steuern müssten möglich sein

Der Konstruktionsfehler des derzeitigen Systems liegt darin, dass das Steuerrecht weitestgehend bundeseinheitlich geregelt ist. Dadurch können Länder und Kommunen ihre Einnahmeseite nicht direkt beeinflussen. Besser wäre es, wenn sie - wie in anderen föderal aufgebauten Staaten wie der Schweiz - Zuschläge oder Abschläge bei bestimmten Steuern vornehmen könnten. Dann würde ein gewisser Steuerwettbewerb zwischen den Gebietskörperschaften entstehen.

Wer glaubt, seine Wirtschaft pfleglich behandeln zu müssen, könnte mit Steuerabschlägen arbeiten; wer glaubt, viele Wohltaten verteilen zu müssen, könnte diese über Steuerzuschläge finanzieren. Die Bürgerinnen und Bürger würden die Konsequenzen der jeweiligen Entscheidung dann unmittelbar erleben und könnten bei Wahlen ihre politisch Verantwortlichen dann entweder belohnen oder bestrafen. Die Politiker wären in diesem System stark damit beschäftigt, sich um ihre eigenen Steuereinnahmen zu kümmern anstatt zu jammern und Geld von den übrigen Gebietskörperschaften einzufordern.

Auch auf europäischer Ebene droht eine Umverteilung zwischen arm und reich

Eine klare Zuordnung der Steuerquellen zu den verschiedenen Empfängern, eine angemessene Grundausstattung der Gebietskörperschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben sowie die Möglichkeit von Zuschlägen oder Abschlägen für Länder und Kommunen, das wäre die ideale Lösung zur Aufteilung des Steueraufkommens in Deutschland. Es ist aber nicht zu erwarten, dass ein derartiges System in naher Zukunft in der Bundesrepublik eingerichtet werden wird, denn eine solche Reform würde auch Verlierer erzeugen.

Eher steht zu befürchten, dass sich auf europäischer Ebene Umverteilungssysteme zwischen den reicheren Ländern im Norden und den ärmeren im Süden dauerhaft etablieren werden. Deutschland tut nichts, um solchen Entwicklungen entgegenzutreten, im Gegenteil. Dabei

müsste unser Land doch aus seinen föderalen Fehlentwicklungen gelernt haben. Wie heißt es so schön, man ist nicht unbedingt dumm, wenn man einen Fehler macht. Richtig dumm ist man aber, liebe Leserinnen und Leser, wenn man ein und denselben Fehler immer wieder macht, ohne daraus zu lernen, sagt sorgenvoll

Ihr

Gotthilf Steuerzahler

Dieser Text stammt aus dem kostenlosen Newsletter Claus Vogt Marktkommentar.

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs [Krisensicher Investieren](#).

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).